

Deutsche Interessen

Grundgesetz Bundesregierungen haben dem Frieden der Welt zu dienen und das eigene Volk zu schützen

■ Hans-Georg Ehrhart

Der Kanzler schwört mit dem Amtseid, seine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, Schaden von ihm zu wenden und das Grundgesetz zu wahren, das ein striktes Friedensgebot enthält. Insofern ist die zurückhaltende Reaktion von Olaf Scholz richtig, wenn es um immer schwerere Waffen für die Ukraine geht. Einerseits muss Deutschland dem Land helfen, da sich das vermeintliche Recht des Stärkeren nicht durchsetzen darf. Andererseits ist eine direkte Kriegsbeteiligung unbedingt zu vermeiden, weil sie großen Schaden für die deutsche Bevölkerung verursachen könnte. Der stärkste militärische Beistand für Kiew kommt aus den USA, Führungsmacht in der NATO und Sicherheitsgarant für deren europäische Mitglieder. Deshalb war es ein Gebot politischer Klugheit, bei der Lieferung von Kampfpanzern darauf zu achten, im Gleichschritt mit Washington zu bleiben und sich nicht zu exponieren.

In der deutschen Debatte haben zwar die politischen, medialen und expertokratischen Bellizisten Oberwasser. Gleichwohl liegen sie mit ihrer Analyse falsch, dass ein Sieg über Vladimir Putins Russland nötig und möglich sei. Sie lassen sich eher von Wunschen und Moralismus treiben als von sachlicher Interessenanalyse. Dieses Maximalziel zu erreichen, würde nicht dem Wohl des deutschen Volkes dienen, sondern ihm schaden. Natürlich hat die Ukraine das Recht, ihr Interesse an der Befreiung aller russisch annektierten Gebiete zu verfolgen. Das primäre deutsche Interesse ist aber ein anderes. Es ist von der Verpflichtung durchdrungen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Das Mindeste ist es, sein Überleben zu sichern. Dieses Überleben ist bedroht, wenn Russland nuklear eskaliert. Deutschland verfügt aus guten historischen Gründen nicht über Atomwaffen und ist auf den Schutz der US-Abschreckung angewiesen.

Ob und wann Putin nuklear eskaliert, weiß niemand. Was wir aber wissen, ist, dass er im Gegensatz zu Deutschland diese Option hat. Die Gefahr mag gering erscheinen – auszuschießen ist sie nicht. Darum muss Berlin nicht nur darauf bedacht sein, im engen Schulterschluss mit Washington zu bleiben, sondern versuchen, die Eskalationsdynamik durch abgestimmte diplomatische Schritte zu stoppen. Was auch im US-Interesse liegt, wie eine Studie der einflussreichen US-Denkfabrik RAND vom Januar zeigt. Sie kommt in ihrer Analyse der nationalen Interessen der USA zu dem Ergebnis, dass die Frage der territorialen Kontrolle zwar im Zentrum der Debatte steht und für die Ukraine sehr wichtig ist, für die USA aber nicht. Washingtons wichtigste Interesse liegt demnach darin, einen direkten Konflikt mit der größten Atommacht der Welt ebenso zu vermeiden wie eine direkte Konfrontation zwischen NATO und Russland. Je länger aber der Krieg dauert, desto größer ist das Eskalationsrisiko. Daher

habe das Vermeiden eines langwierigen Kriegs einen höheren Stellenwert als der Umfang der territorialen Kontrolle Kiews.

Die Autoren identifizieren drei Gründe, warum die Konfliktparteien nicht miteinander in Verhandlungen treten wollen. Beide glaubten, den Krieg militärisch entscheiden zu können, hätten aber ein Ressourcenproblem. Beide seien skeptisch, ob eine Friedenslösung möglich ist, weil sie einander zutiefst misstrauen. Russland sehe keinen Weg aus den westlichen

Die Denkfabrik RAND hat im Januar eine Analyse der Rolle der USA vorgelegt

Sanktionen, habe daher keinen Anreiz für eine Verhaltensänderung. Als Handlungsoption wird deshalb vorgeschlagen, den Beistand für die Ukraine so zu kalibrieren, dass beide Seiten den Glauben an einen Siegfrieden verlieren. Dafür sollte es US-Sicherheitsgarantien für die Ukraine sowie den schrittweisen Abbau der gegen Russland erlassenen Sanktionen geben.

Den Autoren ist klar, dass dieser Ansatz viele Unwägbarkeiten in sich birgt. Aber was wäre die Alternative, wenn ein Siegfrieden angesichts der realen Perspektive gegenseitiger nuklearer Vernichtung ausgeschlossen ist? Eine zweifelhafte problematische Konsequenz einer solchen Regelung liegt darin, dass der Aggressor in gewisser Weise belohnt wird. Egal wo die Waffenstillstandsgrenze genau verläuft, Russland würde ukrainisches Territorium behalten. Der Westen und die Ukraine müssten den erzielten territorialen Kompromiss aber nur politisch anerkennen, nicht völkerrechtlich. Dieses Problem wäre also auf die lange Bank geschoben.

Nicht auf die lange Bank schieben sollte man den Versuch, mit den Kriegsparteien in Gespräche über eine Kriegsbeendigung zu treten. Deutschlands nationale Interessen überlappen sich in wesentlichen Punkten mit den amerikanischen: keine direkte Kriegsbeteiligung, keine direkte Konfrontation zwischen NATO und Russland, möglichst schnelle Kriegsbeendigung. Statt sich in die nächste Diskussionsrunde über die Lieferung schwerer Waffen, diesmal Flugzeuge, verstricken zu lassen, sollte die Bundesregierung nach innen und außen verdeutlichen, was die deutschen Interessen sind. Dies entspricht dem Grundgesetzauftrag, „dem Frieden der Welt zu dienen“.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Hamburger Friedensinstitut



Januar 2023, ein Friedhof nahe Bachmut

„Fleischwolf Bachmut“

Donbass Die USA und Großbritannien haben ukrainischen Truppen zum Rückzug geraten

■ Nikita Gerasimov

Nach einer Phase permanenter ukrainischer Gegenoffensiven zeigt der Umbau der russischen Militärpräsenz in der Ostukraine seit Wochen Wirkung. Verbände werden mit Reservisten aufgefüllt, neue Technik erreicht die Armee, die „Gruppe Wagner“ fungiert als informelle Speerspitze bei Angriffen. Als Folge ächtet die ukrainische Verteidigungslinie im Donbass. Nahezu auf der gesamten gut 140 Kilometer langen Front von Siwersk im Norden bis südlich von Donezk drängen „Wagner“-Truppen, unterstützt von nachrückenden regulären Verbänden, gegen ukrainische Positionen. Wenig überraschend wurde zuletzt die Lage bei Bachmut zum Indikator für die Schlacht um den Donbass. Lange Zeit galt die Stadt als uneinnehmbar, monatelang mussten russische Einheiten Erfolge schuldig bleiben, dann jedoch kippte die Lage zusehends.

Im Halbkessel

Die „Wagners“ durchbrachen zuletzt wichtige Positionen südlich und nördlich von Bachmut und rückten in einem Zangenriff Meter um Meter vor. Mit dem Fall der Stadt Soledar weiter nördlich am zwölften Januar wurden wichtige Trassen nach Siwersk gekappt. Bachmut geriet in einen Halbkessel. Zwei der drei Straßen, über die noch versorgt werden konnte, lagen in Reichweite russischer Artillerie. Dass diese Lebensadern länger gehalten werden könnten, erschien immer unwahrscheinlicher.

Dass Bachmut so erbittert verteidigt wurde, erklärte sich vorrangig, aber nicht nur aus dem strategischen Wert der Stadt für die Front im Osten. Bachmut lag wie eine Festung vor dem Knotenpunkt Slawjansk-Kramatorsk, der maßgeblichen ukrainischen Basis im Donbass. Durch Bachmut konnte das Tor zu den beiden Schlüsselorten geschlossen bleiben oder aufgestoßen werden. Zum anderen war das Dreieck Bachmut/Slawjansk/Kramatorsk im Hinblick auf den gesamten Ukraine-Konflikt seit Frühjahr 2014 symbolisch extrem aufgeladen. Die ersten schweren Gefechte zwischen prorussischen Kämpfern und ukrainischen Soldaten gab es auf diesem Terrain. Erst nach schweren Gefechten konnten ukrainische Truppen damals den Gegner bis nach Donezk zurückdrängen,

wo die Kampf-schließlich zu einer permanenten Frontlinie wurde und die Grenze zu der „Luhansker“ und der „Donezker Volksrepublik“ bildete. Die Schlacht um Bachmut hat der um Slawjansk nach neun Jahren eine mögliche Neuaufgabe beschied. Der Donbass-Krieg kehrt in gewisser Weise zu seinen ersten Szenarien und den Orten zurück, an denen er einst begann.

Der ukrainischen Regierung ist dieser Hintergrund sehr wohl bewusst, sodass sie einen möglichen „Déjà-vu-Effekt“ um jeden Preis verhindern will. Bachmut zu halten hieß, Slawjansk und Kramatorsk erst gar keine Schlagzeilen zu verschaffen und Parallelen zu 2014 zu vermeiden, so seit Tagen der Leitfaden für alle Kiewer Regierungserklärungen. Zugleich warnten westliche Partner, allen voran die USA und Großbritannien: Das Ringen um Bachmut dürfe auf keinen Fall zu einer Schlacht um die Ukraine werden. Die Stadt sei wichtig, aber man dürfe ihr kein existenzielles Gewicht verleihen – erst hinter Bachmut war te mit Slawjansk-Kramatorsk die eigentliche Festung im Donbass auf den Angreifer. Was mit Bachmut geschehe, bedeute weder ein Ende der Schlacht um den Donbass noch einen Zusammenbruch der Front noch eine Vorentscheidung im Krieg.

Im Gegenteil, deshalb seien die Kosten für das Halten von Bachmut für die ukrainische Armee auf Dauer gefährlicher als ein geordneter Rückzug, alles andere laufe auf gefährliche Zermürbung hinaus. Britische und amerikanische Beobachter sprechen vom „Fleischwolf Bachmut“, durch den die besten Einheiten gezogen würden. Ein übermäßiger Fokus auf Bachmut könne zu Lasten künftiger ukrainischer Gegenoffensiven gehen.

In Berlin informierte der BND Sicherheitspolitiker des Bundestages in einer geheimen Sitzung darüber, dass die ukrainische Armee in Bachmut täglich dreistellige Verluste verzeichne. Von einem „neu-

er Verdun“ war die Rede, wo Mensch und Material für einige Meter Front geopfert würden. Zuletzt gingen die Warnungen fast schon ins Makabre, als sich mit Jewgeni Prigoschin ausgerechnet der Chef der vorrückenden „Wagner“-Truppen meldete und Wolodymyr Selenskyj in zynisch-sarkastischem Ton aufforderte, bitte auf keinen Fall aus Bachmut abzuziehen. „Lieber Wolodymyr Oleksandrowytsch! Viele bitten Sie derzeit darum, die Truppen aus Bachmut abzuziehen. Machen Sie das nicht. (...) Kämpfen Sie dort bitte bis zum Ende. Prigoschin“. Die Botschaft des Warlords klang unmissverständlich: Die ukrainische Armee verliere derzeit so gewaltige Ressourcen im Halbkessel von Bachmut, dass die „Wagners“ sich regelrecht wünschten, den Gegner genau dort zu haben. Der ukrainische Exiljournalist Anatolij Scharij bezeichnete die Prigoschin-Erklärung frustriert als „schwarzestes Trolling auf neuem Niveau“.

Was auch immer Selenskyj von der Bitte seiner Verbündeten im Westen um Abzug oder der von Prigoschin um Verbleib gehalten hat, es änderte nichts daran, dass die Schlacht um Bachmut für Kiew einen symbolisch-politischen Anstrich bekommen musste. Aus Prestige Gründen sollte in der Stadt um jeden Preis ausgehalten werden. Es wurden Verbände in die Schlacht geworfen, die eigentlich für Gegenoffensiven an anderen Frontabschnitten gedacht waren, indem auf neue, vom Westen gelieferte Militärtechnik zurückgegriffen wurde.

Sommer auf der Krim

Womöglich ist die ukrainische Regierung zur Geisel ihres eigenen kompromisslosen Siegesnarratives geworden. Spätestens seit dem Vorrücken in den Gebieten um Cherson und Charkiw im Herbst verkündeten ukrainische Politiker und Medien eine „Gegenoffensive, die nicht mehr zu stoppen ist“. „Ein neuer Tag – eine neue befreite Ortschaft!“, so der Tenor. Man überschlug sich mit Prognosen, wonach bis zum Frühling 2023 die Linie vom 24. Februar 2022 erreicht und bis zum Sommer 2023 die Krim zurückerobert werde. Der Fall von Bachmut und ein darauf folgender Vormarsch russischer Streitkräfte ausgerechnet bis nach Slawjansk, wo der bewaffnete Konflikt 2014 richtig begann, würde einen schmerzhaften Bruch für die Siegesgewissheit der Regierung Selenskyj bedeuten, bei dem offen ist, wie er verkraftet wird.

ANZEIGE

Ist ISRAEL ein Apartheidstaat?

Der Autor Ilan Pappé ist Professor für Geschichte und Direktor des European Centre for Palestine Studies der Universität Exeter. Die NAKBA ist ein Thema seiner Forschungsarbeiten. Sein Buch dazu ist der erste wahrheitsgemäße Bericht über die geplante Vertreibung und Tötung der Hälfte der palästinensischen Bevölkerung 1948.



Nurit Peled-Elihanan ist Sprachwissenschaftlerin und lehrt zu: am David Yellin Academic College in Jerusalem. Sie untersucht und beschreibt hier, wie hochentwickelte Indoktrinierungs- und Propagandetechniken in israelischen Schulbüchern seit 1948 (Staatsgründung) eingesetzt wurden und werden.

Ilan Pappé beschreibt die Planung + Gründung des Apartheidstaates, also die NAKBA, Nurit Peled die Lüge des Apartheidstaates, er stande in Notwehr gegen die Palästinenser.

Buchhandlung & Verlag Stiftung Hirschler
67166 Otterstadt · 06232-2890098 · verlag@stiftung-hirschler.de

Der Gewinn aus Ihrem Buchkauf geht zu 100% an die Stiftung
Singen mit Kindern aus Flucht + Hartz IV + in den ev. Schulen Palästinas
Bestellungen gegen Rechnung bitte per E-Mail oder Telefon